

Die rechtswidrigen Notstandsverordnungen gehen weiter:

Drei neue Regierungsdekrete

Am 6. Januar 2017 hat die AKP-Regierung drei neue Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, die 8.398 weitere Angestellte des Öffentlichen Dienstes und 649 Akademiker aus ihren Ämtern verbannt und 83 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen verbietet. 30 der entlassenen Akademiker sind Unterzeichner des Friedensaufrufs. Nach Aussage von Menschenrechtsorganisationen wurden mit den 13 Dekreten, die die Regierung seit dem 23. Juli 2016 erlassen hat, insgesamt 95.744 Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen und 1487 zivilgesellschaftliche Organisationen ohne Gerichtsbeschluss verboten. Regierungsquellen geben an, dass die Zahl der aus dem Staatsdienst Entlassenen, bis zum 10. Januar 2017, auf 135.000 gestiegen ist.

Die jüngsten Dekrete beinhalten weitere rechtswidrige Maßnahmen in Verbindung mit der Nutzung von Sozialen Medien sowie den Entzug der Staatsbürgerschaft. Neue Bestimmungen verpflichten Internetanbieter dazu, persönliche Informationen über ihre Kunden ohne Gerichtsbeschluss an die Polizei weiterzugeben, was eine offenkundige Verletzung

der Ausdrucks- und Gedankenfreiheit darstellt. Angesichts tausender Verhaftungen und Verfahren aufgrund von Beleidigung und Propaganda in sozialen Medien, ist dies ein weiterer unmissverständlicher Schritt in Richtung Verfolgung und Erstickung aller oppositionellen und kritischen Stimmen auf dieser Plattform.

Hinsichtlich der Ausbürgerungen sieht der Erlass vor, dass Strafverfolger das zuständige Ministerium informieren, wenn sie in Erfahrung bringen, dass sich Staatsbürger außer Landes befinden, die einer Straftat gegen die verfassungsmäßige Ordnung beschuldigt werden oder gegen die ein entsprechendes Strafverfahren läuft. Das Ministerium wird dann über das Amtsblatt eine Anordnung veröffentlichen, die diese Staatsbürger zur Rückkehr in die Türkei auffordert. Wenn sie dieser Anordnung nicht innerhalb einer Frist von 3 Monaten nachkommen, steht es der Regierung frei ihnen die Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Diese Säuberungsaktionen, die den Staatsapparat von "unerwünschten" Angestellten, die Universitäten von unerwünschten Akademikern, die Zivilge-

sellschaft von unerwünschten Organisationen, die sozialen Medien von unerwünschten Stimmen und schlussendlich das ganze Land von unerwünschten Staatsbürgern säubern, sind Schritte hin zu der sich abzeichnenden Ein-Mann-Herrschaft in der Türkei und gleichzeitig auch Merkmale dieser.

Daher müssen diese Säuberungsaktionen in Zusammenhang mit der Säuberung kurdischer Stadtverwaltungen und des Parlaments von „Unerwünschten“ betrachtet werden: Zwölf HDP-Abgeordnete, inklusive unserer beiden Ko-Vorsitzenden, 74 Ko-Bürgermeister sowie tausende kommunale Verwaltungsangestellte und Parteimitglieder wurden festgenommen und inhaftiert. Die Abgeordnete von Sirnak, Frau Leyla Birlik wurde kürzlich entlassen; die Zahl der inhaftierten HDP-Abgeordneten liegt somit nun bei elf.

Trotz dieser überaus düsteren Umstände ist die HDP entschlossen, ihren demokratischen Kampf für die Völker der Türkei weiterzuführen.

Hisyar Özsoy, Stellvertretender Ko-Vorsitzender und Außenbeauftragter der HDP, 11.1.2017

Repressionen gegen die Zivilgesellschaft in Südkurdistan

Seit der rechtswidrigen Schließung des Büros von REPAK (Kurdisches Frauen Informationszentrum) in Erbil sind nunmehr sieben Monate vergangen. Seit dieser Razzia, die ohne jegliche Vorwarnung und Anwendung des KRG-Vereinsrechts geschehen ist, sind die Aktivitäten von REPAK in einem Teil von Südkurdistan faktisch verboten. Denn die Mitarbeiterinnen der Organisation sind völlig willkürlich von der Stadt in Richtung Kirkuk „abgeschoben“ worden und seitdem ist es ihnen verboten, die Stadt zu betreten. Vor etwa zwei Wochen ist es zu einem ähnlichen Fall in der Stadt Duhok gekommen. Der Verein YAZDA, der nach dem ISIS-Genozid in Shengal gegründet worden ist und wichtige Arbeit für die Êziden leistet, ist geschlossen worden. Nach

lokalem und internationalem Protest musste vonseiten der politisch Verantwortlichen eine Begründung für die Schließung, für die kein Grund genannt worden ist, geliefert werden. Daraufhin wurde erklärt, der Verein mit Zentrum in den USA sei geschlossen worden, weil er politische Arbeit betreibt. So lautet die offizielle Begründung. Die Schließung von REPAK war ähnlich begründet worden. Der Verein sei geschlossen worden, weil er als zivile Gesellschaftsorganisation politische Arbeit (hierzu kann auch die Veröffentlichung von Erklärungen gehören) betrieben habe.

Interessant, nicht wahr? Eine zivile Gesellschaftsorganisation kann völlig politisch motiviert geschlossen werden, weil sie politische Arbeit betrieben hat. Wo auf der Welt wird NGOs der

Zugang zum politischen Feld untersagt? Handelt es sich bei Vereinen nicht zugleich um gesellschaftliche Instrumente für politische Intervention? Ist es dementsprechend nicht das normalste auf der Welt, dass eine NGO politisch aktiv ist, Erklärungen von sich gibt, die Regierung kritisiert etc.? Handelt es sich doch bei zivilen Gesellschaftsorganisationen und Vereinen um eine der wichtigsten Demokratiedynamiken der Gesellschaft. Je stärker und aktiver Zivilgesellschaft bzw. die politische Gesellschaft umso mehr kann man von Demokratie sprechen.

Ein Verständnis, das Politik als Monopol von im Parlament repräsentierten Parteien oder gar sich selbst sieht, leistet keinen Dienst an der Entwicklung von Demokratie. Im Gegenteil, die

Meldungen:

Anklageerhebung gegen Figen Yükseskağ und Selahattin Demirtas

Das Gericht in Wan (Van) hat die Anklageerhebung gegen Figen Yükseskağ zugelassen. Die Staatsanwaltschaft von Yalova ermittelt gegen die Abgeordnete und Kovorsitzende der HDP wegen dreier Reden, die sie am 11. Januar 2015, 30. Dezember 2015 und am 5. März 2016 als Abgeordnete gehalten hatte. Anklage wird erhoben mit dem Vorwurf des „Separatismus“ und „Propaganda für eine Organisation“. Die Staatsanwaltschaft fordert erschwerte lebenslängliche Haft (bis zum Tod) und weitere 7,5 Jahre Gefängnishaft für die Abgeordnete und Kovorsitzende der HDP.

Figen Yükseskağ ist seit dem 3. November letzten Jahres in Haft. Zurzeit befindet sie sich im Gefängnis von Kandira.

Der zweite Kovorsitzende Selahattin Demirtas soll nach dem Willen der türkischen Staatsanwaltschaft zu einer Haftstrafe von bis zu 142 Jahren verurteilt werden. Das berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Anadolu am Dienstag.

(ANF; 12.1./jW; 18.1., ISKU)

Isolation: Ohne Hände in einer Einzelzelle

Vor sechs Jahren nahm Engin Aktaş in Bazid (Doğubayazıt) an einer Demonstration teil. Es war der 11. Februar 2011. Als es bei der Demonstration zu einer Detonation kommt wird er verletzt und verliert beide Hände. Seit jenem Jahr ist Engin Aktaş im Gefängnis. Zu Beginn seiner Haft gab es noch Zellen, in denen größere Gruppen von Gefangenen untergebracht waren. Engin Aktaş ist politischer Häftling, seine Mitgefangenen kümmerten sich um ihn und sorgten für alles was Engin Aktaş nicht tun konnte. Später wurde Engin Aktaş ärztlich bescheinigt, dass er, da ihm beide Hände fehlen, haftunfähig sei. Die erste Bescheinigung erhielt er 2013, eine weitere 2014 und inzwischen eine dritte. Geändert hat das nichts. Entlassen wurde er trotzdem nicht. Im Gegenteil. In den sechs Jahren seiner Haft wurde Engin Aktaş mehrmals zwangsverlegt und war in den Gefängnissen von Erzurum, Metris, Silivri, İmraniye. Jede Zwangsverlegung ist eine doppelte Belastung für ihn. Besonders da ihm beide Hände fehlen und er vollständig auf die Hilfe anderer angewiesen ist. Als er 2015 im Gefängnis von Silivri ist wird er

Ringen um Şengal

Die Regierung des Irak hat in den vergangenen Tagen mit ihrer angeblichen Ankündigung, auf ihrem Territorium operierende Einheiten der Kurdischen Arbeiterpartei PKK nicht militärisch bekämpfen zu wollen, für Aufregung gesorgt. Den Hintergrund der Auseinandersetzung bilden die Ereignisse in der Stadt Şengal vor zweieinhalb Jahren. Kämpfer der Terrormiliz »Islamischer Staat« hatten im August 2014 große Teile der Stadt und der gleichnamigen Gebirgskette erobert. Dabei ermordeten sie Tausende Angehörige der Bevölkerungsgruppe der Jesiden, die vom IS als »Ungläubige« verfolgt werden. Zudem verschleppten sie zahlreiche jesidische Frauen und Mädchen, um sie als Sklaven zu verkaufen. Die zum Schutz der Stadt abgestellten Peschmerga – die Streitkräfte der »Autonomen Region Kurdistan« unter Präsident Masud Barsani – flohen damals kampflös aus der Stadt und ließen die Jesiden schutzlos zurück. Nur durch das Eingreifen der Guerillaeinheiten der PKK und der Volksverteidigungseinheiten (YPG) sowie ihres Frauenbataillons YPJ konnten Zehntausende Jesiden gerettet, der IS zunächst gestoppt und später aus der Stadt vertrieben werden. Den Verrat der Peschmerga-Einheiten werden die Jesiden aus Şengal zweifelsohne so schnell nicht vergessen.

Seit dem Beginn der Operation zur Befreiung der vom IS gehaltenen Stadt Mossul im Oktober 2016 kommt es immer wieder

zu Spannungen zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der Türkei, deren Truppen auf irakischem Territorium operieren und sich dort angeblich der Terrorbekämpfung widmen. So fordert die Regierung etwa den Abzug türkischer Truppen aus dem Militärlager Baschika im Nordirak. Auch um Şengal wird gestritten: Bereits am 30.10.2016 erklärte der türkische Präsident Erdogan laut der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu: »Şengal ist auf dem Weg, ein neues Kandil zu werden. Deshalb werden wir Şengal nicht tolerieren, denn dort befindet sich die PKK« (Mit Kandil ist das Hauptquartier der PKK im Gebirge im Nordirak gemeint). Zwei Tage später wurde eine große Anzahl von Panzern und schwerer Artillerie an die türkisch-irakische Grenze verlegt und offen mit einem Einmarsch nach Şengal und Kandil gedroht (jW berichtete). Am 7. und 8. Januar besuchte der türkische Premierminister Binali Yildirim schließlich Bagdad und Erbil, um die türkischen Forderungen nach Vertreibung der PKK und mit ihr verbündeter Kräfte aus Şengal durchzusetzen. »Die Ausbreitung der PKK nach Westen und die Tatsache, dass sie in Şengal Unterschlupf findet, ist nicht akzeptabel für uns. Es ist ein Sicherheitsproblem. Nicht nur für die Türkei, sondern auch für die kurdische Regionalregierung im Irak«, so Yildirim auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Barsani.

In einer gemeinsamen Erklärung von Yildirim und dem ira-

kischen Ministerpräsidenten Haider Al-Abadi vom 7. Januar einigten sich beide auf den schrittweisen Abzug der türkischen Truppen aus dem Militärlager in Baschika und vereinbarten einen gemeinsamen Kampf gegen alle Terrororganisationen. Wie die Nachrichtenagentur Rudaw am 09.01. berichtete, stimmte die PKK einem Abzug ihrer Einheiten aus Şengal zu, um weitere Spannungen und einen möglichen Einmarsch türkischer Truppen zu verhindern. »Die PKK hat den Jesiden geholfen, Selbstverteidigungseinheiten und Selbstverwaltungsorgane aufzubauen. Durch den Aufbau dieser Einheiten und einer unabhängigen jesidischen Verwaltung sind die Aufgaben der PKK für Şengal erfüllt«, zitiert Rudaw aus einer PKK-Erklärung. Die PKK hatte unmittelbar nach ihrem militärischen Eingreifen, zum Schutz der Jesiden, mit dem Training eigener jesidischer Widerstandseinheiten (YBS) und dem Aufbau von lokalen Selbstverwaltungsorganen begonnen. Laut einer Erklärung des irakischen Parlamentsabgeordneten Hoschjar Abdullah vom 14. Januar habe sich Al-Abadi in der Sitzung der Sicherheitskommission des Parlaments folgendermaßen zur Situation in Şengal geäußert: »Die Türkei und Erbil haben Angst und sind eingeschüchtert von der PKK. Unsere Politik ist klar, und wir haben der Türkei gesagt, dass sie unser Land nicht für einen Krieg benutzen können.«

(jW, 18.1., ISKU)

→ Repressionen gegen die...

Formel Staat + Demokratie kann dann nicht funktionieren. Dann herrscht die Formel Staat minus Demokratie. Diese Formel wiederum löst bestehende Probleme und Krisen nicht, sondern reproduziert ständig Krisen. Und das führt dann früher oder später zur Explosion.

Als das Büro von REPAK in Erbil geschlossen wurde, war Soran Ömer einer der ersten, an die wir uns gegen diese Rechtlosigkeit und Rechtsverletzung gewendet haben. Soran Ömer ist Abgeordneter der Komala Islam und zugleich Vorsitzender der parlamentarischen Kommission für Menschenrechte. Vor sieben Monaten hatte Ömer einen offiziellen Antrag mit der Forderung, diese Rechtsverletzung zu untersuchen, an die Kurdische Regionalregierung gesendet. Solche Anträge stellt er oft. Denn als Vorsitzender der Menschenrechtskommission in einem Land, in dem Menschenrechtsverstöße nur zu oft stattfinden, muss er des Öfteren Anträge an die Regierung stellen.

Vor einigen Tagen wurde Soran Ömer zusammen mit dem Abgeordneten der Gorran-Bewegung, Ali Heme Salih, an der Stadtgrenze zu Erbil – wo sich der Sitz des Parlaments und sein Arbeitsplatz befinden – festgenommen. Beide Abgeordneten wurden am Checkpoint Pirde, das von der KDP kontrolliert wird, von lokalen Sicherheitskräften zwei Stunden lang festgehalten. Dabei sind sie, die gewählten Vertreter des Volks, von Uniformierten beschimpft worden. Anschließend wurden sie dazu gezwungen, nach Sulaymaniyah zurückzukehren. Das heißt, sie dürfen die Stadt, in der sich das Parlament befindet und wo sie das sie gewählte Volk repräsentieren sollen, nicht betreten.

Wie lange dieses »Einreiseverbot« dauern wird, ist nicht klar. Aber auf gleiche Weise ist der Parlamentspräsident Yusuf Muhammed im Oktober 2015 aus der regionalen Hauptstadt verbannt worden. Es wird ihm noch immer verwehrt, die Stadt

zu betreten und somit sein Amt auszuführen.

Was hat eine bestimmte Partei davon, alle ihr unlieben Abgeordneten daran zu hindern, die Stadt Erbil zu betreten? Wird die seit zweieinhalb Jahren andauernde und sich ständig vertiefende politische Krise dadurch gelöst sein? Wird die Gesellschaft in Südkurdistan, welche hier in verschiedenen Städten gegen die Verhaftung der HDP-Abgeordneten in der Türkei protestiert hat, dieses Vorgehen hinnehmen? Wird in einer Zeit, in der so sehr von Unabhängigkeit und Einheit geredet wird, auf diese Weise nicht noch mehr polarisiert? Und dann? Was wird dann geschehen? Wird dann wieder alles gut oder was?

An wen soll sich jetzt Soran Ömer, Vorsitzender der Menschenrechtskommission des Kurdischen Regionalparlaments, wenden? An wen soll er jetzt diese ernste Menschenrechtsverletzung melden?

(CA, 18.1., ISKU)

vom Wachpersonal geschlagen und anschließend in eine Strafzelle geworfen. Der Grund: Er habe bei der Durchsicherung seine Hände nicht benutzt um seinen Gürtel abzunehmen und die Schule auszuführen.

Heute ist Engin Aktaş im Gefängnis von Menemen bei Izmir. Dort ist er in einer Einzelzelle. Ohne Hände kann er sich nicht selber waschen, anziehen, essen oder trinken. Murat Melet, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins (İHD) in Wan, sagt: »Es reicht. Es wird Zeit, dass die Gefängnisse aufgehört haben, Orte des Sterbens zu sein. Es sollen endlich keine weiteren Särge mehr das Gefängnis verlassen.« (ANF, 12.1., ISKU)

Türkei: Großrazzia gegen Militärs

Istanbul. Mehr als ein halbes Jahr nach dem Putschversuch in der Türkei hat die Polizei in 54 Provinzen eine Großrazzia durchgeführt. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Mittwoch berichtete, seien 243 Armeeinghörige zur Fahndung ausgeschrieben. Nach offiziellen Angaben sind aufgrund des Umsturzversuchs inzwischen fast 100.000 Staatsbedienstete entlassen und 41.000 Personen in Untersuchungshaft genommen worden. (jW, 19.1., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad
jW junge Welt

Termin:

Hamburg

Film: Der Freiheitskampf der Kurdinnen

Januar 2015: Die syrische Stadt Kobane wird von kurdischen Aufständischen aus der Gewalt der IS-Terrormilizen befreit. Die Bilder der jungen Kämpferinnen, die mit Kalaschnikow und Flagge an der Seite der kurdischen Kämpfer den IS-Kräften entschlossen gegenüberstehen, gehen um die Welt. Der Mut dieser Kämpferinnen gibt Tausenden Frauen in der Region neue Hoffnung.

Am 27.1. um 20 Uhr im Antifa Enternasyonel Café, Rote Flora (Achidi-John-Platz 1)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-806

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org